

# KOK NEWSLETTER . 04 // 13

## INHALT

BERLIN, 12.12.2013

<b>A. NEUIGKEITEN</b> .....	1-5
<b>B. VERÖFFENTLICHUNGEN DES KOK</b> .....	5-6
<b>C. KOK-INTERNE VERANSTALTUNGEN</b> .....	6
<b>D. VERANSTALTUNGEN</b> .....	6-11
<b>E. RECHTLICHE ENTWICKLUNGEN</b> .....	11
<b>F. INFORMATIONSMATERIAL UND PUBLIKATIONEN</b> .....	122-13
<b>RUBRIK WISSEN – Jahresrückblick des KOK</b> .....	13



**Bundesweiter Koordinierungskreis  
gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen  
im Migrationsprozess e.V.**

## A. NEUIGKEITEN

---

### **+++ Thema Menschenhandel im Koalitionsvertrag unzureichend ausgestaltet**

Wir begrüßen, dass das Thema Menschenhandel im [Koalitionsvertrag](#), der am 27.11.13 zwischen Union und SPD abgeschlossen wurde, Eingang gefunden hat.

Die politischen Diskussionen um weitere gesetzliche Regelungen in der Prostitution sowie um Maßnahmen zur Bekämpfung von Menschenhandel starteten bereits in der letzten Legislaturperiode. Grundlagen sind u.a. ein Beschluss der Innenministerkonferenz von 2010 zur Reformierung des Prostitutionsgesetzes und die Verpflichtung Deutschlands, die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz Betroffener von 2011 umzusetzen. Im Vorfeld veröffentlichte der KOK e.V. drei [zentrale Forderungen](#) basierend auf seinen Wahlforderungen an die Koalitionsverhandlungen, u.a. einen gesicherten Aufenthaltstitel für Betroffene des Menschenhandels. Auch der Deutsche Frauenrat forderte in seiner [Stellungnahme](#) zu den Koalitionsverhandlungen die Differenzierung der Themen Prostitution und Menschenhandel.

Nun heißt es im Koalitionsvertrag in der Fassung vom 27.11.2013:

*„Wir wollen Frauen vor Menschenhandel und Zwangsprostitution besser schützen und die Täter konsequenter bestrafen. [...] Für die Opfer werden wir unter Berücksichtigung ihres Beitrags zur Aufklärung, ihrer Mitwirkung im Strafverfahren sowie ihrer persönlichen Situation das Aufenthaltsrecht verbessern sowie eine intensive Unterstützung, Betreuung und Beratung gewährleisten.“ (S. 104)*

Es soll zudem verschärfte Auflagen für BordellbetreiberInnen und gesteigerte ordnungsbehördliche Kontrollmöglichkeiten im Rahmen einer Überarbeitung des Prostitutionsgesetzes geben.

Der KOK begrüßt das Vorhaben, das Aufenthaltsrecht zu verbessern, bedauert es jedoch, dass dies einerseits nicht klar erläutert wird und andererseits das Aufenthaltsrecht erneut lediglich im Rahmen der Mitwirkung der Strafverfolgung diskutiert wird. Betroffenen des Menschenhandels ist ein Aufenthaltstitel zu erteilen, unabhängig von ihrer Kooperationsbereitschaft gegenüber den Strafverfolgungsbehörden und ihrer ZeugInneneigenschaft, auch über das Prozessende hinaus. Den Vorschlag, die intensive Unterstützung, Betreuung und Beratung zu gewährleisten, sieht der KOK als Bestärkung seiner langjährigen Forderung einer finanziell stabilen Sicherung und eines Ausbaus des flächendeckendes niedrigschwelligen, anonymen Unterstützungssystems von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass wir auch an anderen geplanten Maßnahmen der Bundesregierung für die neue Legislaturperiode im Koalitionsvertrag wichtige Anknüpfungspunkte zu den Themen Menschenhandel und Gewalt an Migrantinnen sehen: Zum Beispiel bei den Maßnahmen zur Allgemeinen Mindestlohnregelung, Pflege, Gewalt gegen Frauen, Flüchtlingsschutz, humanitäre Fragen, Effektive Strafverfolgung, Opferentschädigungsgesetz und Datenschutz.

Gerade wenn das Thema Menschenhandel auch in weiteren rechtspolitischen Bereichen eine Rolle spielt kann eine Verbesserung der Rechte der Betroffenen tatsächlich gelingen.

**+++ Kampagne One Story-Two Outcomes gestartet**

Die *La Strada International NGO Platform – United against Trafficking in Europe*, bei der der KOK ebenfalls beteiligt ist, hat anlässlich des Internationalen Tages der Menschenrechte am 10.12.2013 die gemeinsame Kampagne One Story – Two Outcomes gestartet. Ziel der Kampagne ist es, darauf aufmerksam zu machen, dass Menschenhandel sowohl eine Ursache als auch eine Folge schwerer Menschenrechtsverletzungen ist. Desweiteren möchte die Kampagne alle ermutigen, die Rechte der Betroffenen von Menschenhandel zu stärken.

Mehr zur Kampagne finden Sie [hier](#).

**+++ Neue Mitgliedsorganisation im KOK e.V.**

Wir freuen uns, seit Oktober 2013 den Frauentreff OLGA als neues Mitglied beim KOK begrüßen zu dürfen! Olga ist ein Kontaktladen, für Frauen in der Prostitution, auch mit Drogenabhängigkeit an der Kurfürstenstraße in Berlin. Die Angebote orientieren sich an den spezifischen Lebensbedingungen der Frauen und gestalten sich v.a. in Form von Streetwork mit anschließender Vermittlung in weiterführende Hilfen und Beratungen, aber auch der Versorgung essenzieller Bedürfnisse wie Nahrung, Möglichkeiten zur Körper- bzw. Wäschepflege, medizinischer Versorgung, Rechtsberatung und Polizeisprechstunde für Betroffene von Gewalt.

**+++ Gesellschaftliche Diskussion um Prostitution und Menschenhandel**

Das EMMA-Magazin hat im Oktober 2013 eine Kampagne zur langfristigen „Abschaffung der Prostitution“ gestartet. Unterstützt wird sie dabei unter anderem von 90 Prominenten, die den [Appell gegen Prostitution](#) unterzeichnet haben. Er fordert die Beseitigung jeder Art von Prostitution.

Als Reaktion darauf haben SexarbeiterInnen Ende Oktober einen [Appell FÜR Sexarbeit](#) veröffentlicht, in dem sie sich für die Stärkung der Rechte und für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen in der Sexarbeit aussprechen. „Alle reden über uns, aber niemand redet mit uns“ – diesen grundlegenden Missstand, den der Bundesverband erotische und sexuelle Dienstleistungen zentral kritisiert, greift auch der Appell auf und fordert eine Beteiligung von SexarbeiterInnen an politischen Prozessen. [Unterstützt](#) werden sie dabei v.a. von der Linken, den Grünen, der Piraten-Partei und dem Feministischen Institut Hamburg.

Beide Appelle fanden große Resonanz in der deutschen Medienlandschaft und haben eine breite Diskussion über Prostitution sowie Menschenhandel losgetreten.

Eine Übersicht über die verschiedenen Standpunkte und den Verlauf der Debatte findet sich auch auf der [Webseite des Deutschen Frauenrats](#).

**+++ Neues von der Anti-trafficking Webseite der Europäischen Kommission****+++ Leitfaden zur Identifizierung von Betroffenen**

Die Kommission hat auf ihrer [Website](#) einen [Leitfaden](#) zur Identifizierung von Betroffenen von Menschenhandel speziell für GrenzschützerInnen und den konsularischen Dienst herausgegeben. Das Dokument bietet eine Liste von indikativen Leitsätzen, bezieht sich auf bereits existierende Handbücher und Anleitungen und listet die Projekte, die zur Identifizierung von Betroffenen arbeiten, auf – v.a. die Projekte, die sich an die konsularischen Dienste und Grenzschützer richten - und ermutigt so zu einem systematischen Gebrauch durch die jeweiligen BeamtInnen.

### +++ EU-Rechte von Betroffenen von Menschenhandel in allen europäischen Sprachen erhältlich

Um PraktikerInnen und Behörden von Mitgliedsstaaten bei der Begleitung und dem Schutz von Betroffenen besser unterstützen zu können, hat die Europäische Kommission das Dokument [„Die EU-Rechte von Betroffenen von Menschenhandel“](#) in allen offiziellen EU-Sprachen herausgegeben. Es gibt einen praktischen und verständlichen Überblick über die Rechte der Betroffenen, die sich aus der EU-Menschenrechtscharta, den EU-Richtlinien, Rahmenbeschlüssen und der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ableiten.

### +++ Menschenhandel und Gender – die EU-Perspektive

Die EU-Kommissarin für Innere Angelegenheiten, Cecilia Malmström, gab eine [Erklärung](#) vor dem *Ministerial Round Table*, der am Ende der Konferenz zum Thema „65 Jahre New York-Konvention: Eine Betrachtung und neue Perspektiven“ stand, ab. Mitherausgeber waren der belgische Vize-Premier Minister und Innenminister, Joëlle Milquet, sowie die französische Ministerin für Frauenrechte, Najat Vallaud Belkacem. In ihrer Rede hebt Malmström hervor, dass Menschenhandel einen schweren Menschenrechtsverstoß darstelle und die Gender-Dimension bei der Bekämpfung des Phänomens beachtet werden müsse.

### +++ Schlussbericht des Sonderausschusses gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche des Europäischen Parlaments

Der Sonderausschuss des Europäischen Parlaments gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche stellte am 26.09.2013 seinen Schlussbericht ([A7-0307/2013](#)) vor, den das Europäische Parlament am 23.10.2013 angenommen hat. Darin gibt der Ausschuss Empfehlungen zu Maßnahmen und Initiativen gegen organisiertes Verbrechen, Korruption und Geldwäsche ab. Er weist darauf hin, dass nur neun Mitgliedstaaten die Richtlinie von 2011 zur Verhinderung und Bekämpfung des Menschenhandels vollständig umgesetzt haben und auch die Kommission ihre EU-Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels 2012-2016 (COM(2012)0286) noch vollständig umsetzen müsse.

Der Ausschuss verdeutlicht in seinem Bericht die Notwendigkeit einer Sonderbehandlung von Kindern, die von Menschenhandel betroffen sind, und die Verbesserung ihres Schutzes. Zudem wird die EU-Kommission aufgefordert, eine EU Charta zum Schutz und zur Unterstützung der Opfer von Menschenhandel auszuarbeiten, um somit alle bestehen Kennzahlen, Maßnahmen, Ressourcen und Programme zu bündeln.

### +++ Projekt zur bundesweiten Vernetzung von Migrantinnenorganisationen startet in Köln

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) fördert zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein [Projekt zum Aufbau eines Dachverbandes von Migrantinnenorganisationen](#).

Im März 2013 sprachen sich 200 Migrantinnen beim zweiten, vom BMFSFJ veranstalteten bundesweiten Migrantinnenkongress in Frankfurt für ihren Zusammenschluss in einer Dachorganisation aus. Ziele des zunächst für drei Jahre angelegten Projekts sind neben der Beförderung der rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Gleichstellung von Migrantinnen ihre Interessenvertretung und Stellvertretung in Politik, Öffentlichkeit und Medien. Zuwendungsempfängerin ist die Organisation agisra e.V., eine autonome Informations- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen in Köln. Agisra e.V. ist eine Mitgliedsorganisation des KOK e.V. Am Projekt Interessierte können sich an folgende Adresse wenden: [BuVeMi@agisra.de](mailto:BuVeMi@agisra.de)

**+++ Länderranking des 3P Anti-trafficking Policy Index 2012 veröffentlicht**

Seo-Young Cho, Juniorprofessorin an der Philipps-Universität Marburg hat den [3P Anti-trafficking Policy Index](#) für das Jahr 2012 veröffentlicht. Dieser Index wurde von ihr entwickelt und bewertet die Situation bezüglich Menschenhandel in verschiedenen Ländern, v.a. im Hinblick auf die so genannten 3 P's: Prosecution, Protection und Prevention.

2012 gab es global gesehen laut diesem Index hauptsächlich in zwei Bereichen Veränderungen: Zum einen kam es zu einer leichten Verbesserung des Opferschutzes, wobei weiterhin Schwierigkeiten in der Identifizierung der Opfer bestehen. Zum anderen wurde weltweit der Menschenhandel kriminalisiert. Allerdings bestehen aufgrund der schwachen Strafverfolgung Probleme bei der Durchsetzung.

Im Länderranking (188 Länder) schneiden Australien, Frankreich, Südkorea, die Niederlande und die Schweiz am besten ab. An letzter Stelle steht Syrien. Deutschland ist auf Platz 51 und damit im oberen Drittel. Für den Bereich Prävention bekam Deutschland die beste Punktzahl (5 von 5 Punkten) und für den Bereich Verfolgung die zweitbeste Punktzahl (4 von 5 Punkten). Für den Bereich Schutz wurden allerdings nur 3 von 5 Punkten vergeben. Insgesamt kommt Deutschland damit auf 12 von 15 möglichen Punkten.

Weitere Informationen zu dem Index sowie ein Interview mit der Verfasserin sind zu finden auf dem Blog [Menschenhandel heute](#).

**+++ Amnesty International: Haushaltshilfen werden in Hongkong wie Sklavinnen behandelt**

Laut einer Studie von Amnesty International arbeiten in Hongkong viele tausend Frauen aus Indonesien in privaten Haushalten in „sklavereiähnlichen“ Zuständen. Der [Bericht „Ausbeutung für Profit - Versagen der Regierungen“](#) zeigt auf, wie indonesische Vermittlungsagenturen Hong Kong Frauen behandeln, um sie auszubeuten und zur Arbeit zu zwingen. Amnesty International wirft den Regierungen Indonesiens und Hongkongs vor, die Missstände tatenlos hinzunehmen.

**+++ Gemeinsames Projekt zum Sexualstrafrecht von bff und DIMR**

Der Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe (bff) hat gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) ein Projekt zum Sexualstrafrecht gestartet. Hintergrund ist die Konvention des Europarates zur „Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“, in der eine Strafbarkeit nicht-einverständlicher sexueller Handlungen gefordert wird.

Im Rahmen des Projektes werden zunächst Fallbeispiele im Zusammenhang mit §§ 177ff StGB gesammelt, bei denen sexuelle Handlungen gegen den Willen der Betroffenen durchgeführt wurden, die Bestrafung aber regelmäßig an der Formulierung oder der Auslegung der Tatbestände durch die Rechtsprechung scheiterte. Daran anschließend sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie die Rechtspraxis an die Standards der Europaratskonvention angepasst werden kann. Erste Ergebnisse des Projektes werden bis Mitte 2014 erwartet.

Auch Terre des Femmes hat eine Unterschriftenaktion zur Reform des § 177 StGB gestartet. Informationen finden Sie [hier](#).

**+++ Neues Beratungsangebot zu Arbeitsausbeutung und Menschenhandel in Brandenburg**

Das Bündnis gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung bietet gemeinsam mit dem Projekt „Faire Mobilität“ des DGB-Bundesvorstands eine Beratung zu Fragen von Arbeitsausbeutung bis hin zu Menschenhandel an. Die Beratung findet in Frankfurt/Oder und in Potsdam statt, mit einem breiten Angebot an Sprachen, und ist auch telefonisch oder per E-Mail möglich.

Weitere Informationen sowie die Kontaktdaten finden Sie [hier](#).

**B. VERÖFFENTLICHUNGEN DES KOK****+++ Stellungnahme des KOK zur Einrichtung einer Berichterstattungsstelle zu Menschenhandel in Deutschland**

Der KOK hat sich, v.a. im Rahmen des Projekts dataACT, intensiv mit der Einrichtung einer Berichterstattungsstelle zu Menschenhandel in Deutschland auseinandergesetzt. Die Einrichtung einer solchen Stelle wird in verschiedenen internationalen Dokumenten gefordert und steht für Deutschland im Zuge der Umsetzung der EU-Richtlinie 36/2011 an. Der KOK unterstützt die Einrichtung einer solchen Stelle und hat in einer Stellungnahme einige Empfehlungen dazu erarbeitet. Sie finden die Stellungnahme auf der [Webseite des KOK](#).

**+++ Rabe, H. (DIMR)/ Tanis, N. (KOK): Menschenhandel als Menschenrechtsverletzung**

Der KOK e.V. hat gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) in Kooperation mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ eine Handreichung erarbeitet, die den aktuellen Wissensstand aus Wissenschaft und Praxis zum Thema Menschenhandel bündelt. Die Publikation „[Menschenhandel als Menschenrechtsverletzung – Strategien und Maßnahmen zur Stärkung der Betroffenenrechte](#)“ (2013) setzt den Schwerpunkt auf Empfehlungen zur Stärkung von Opferrechten und zur Weiterentwicklung der bestehenden Strukturen, um ein funktionierendes Unterstützungssystem für Betroffene von Menschenhandel zu schaffen. Das Papier richtet sich an verschiedenste AkteurInnen, wie z. B. MitarbeiterInnen von Beratungsstellen, Mitglieder der Vernetzungsgremien auf Bund- und Länderebene, Ministerien sowie an die Politik und zeigt diejenigen Bereiche auf, in denen aus Sicht des KOKs und des DIMRs sowie der Beratungspraxis noch deutlicher Handlungsbedarf, auch bei der Umsetzung der Europaratskonvention und der EU-Richtlinie gegen Menschenhandel besteht. Die Handreichung soll einen konstruktiven Beitrag leisten, um den Menschenhandel in allen Ausbeutungsformen wirksam zu bekämpfen.

**+++ Informationsdienst des KOK zu rechtlichen Instrumenten beim Thema Menschenhandel**

Der KOK e.V. veröffentlicht seit 2011 einmal im Jahr einen „[Informationsdienst](#)“, zusätzlich zu dem viermal jährlich erscheinenden Newsletter, und berichtet mit ausführlichen Hintergrundinformationen über ein jeweils aktuelles Thema.

Der [Informationsdienst aus dem Jahr 2013](#) beschäftigt sich mit dem Thema „Aktuelle internationale und europäische Instrumente in den Bereichen Menschenhandel, Gewalt gegen

Frauen, Arbeitsausbeutung und Opferschutz - Eine Kurzdarstellung aktueller Übereinkommen und Richtlinien und deren Auswirkungen auf Deutschland.“

## **C. KOK-INTERNE VERANSTALTUNGEN**

---

### **+++ Mitgliederversammlung am 01.10.2013**

Zu der Mitglieder- und Jahreshauptversammlung am 01.10.2013 kamen MitarbeiterInnen von 18 KOK-Mitgliedsorganisationen nach Berlin und tauschten sich v.a. zu der externen Evaluierung des KOK aus.

### **+++ Vernetzungstreffen am 28./ 29.10.2013 in Berlin**

Auf dem jährlichen Vernetzungstreffen des KOK in Berlin nahmen MitarbeiterInnen von 25 Organisationen aus Deutschland und Österreich teil, um sich fortzubilden und inhaltlich auszutauschen. Thema war u.a. das Strafmaß für TäterInnen im Bereich Menschenhandel. Dazu referierte Frau Dr. Leonie von Braun über die Arbeit der Berliner Staatsanwaltschaft zu Menschenhandel. Des Weiteren wurde die Einrichtung einer Berichterstattungsstelle in Deutschland diskutiert. Einen Input dazu gab Bas de Visser, von der niederländischen Organisation [CoMensha](#), der über die Zusammenarbeit mit der niederländischen Berichterstattungsstelle berichtete.

### **+++ Praxistag von KOK und DGB zu Menschenhandel und Arbeitsausbeutung am 30.10.2013**

Der KOK e.V. veranstaltete zusammen mit den DGB-Projekten „Faire Mobilität“ und dem „Bündnis gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“ am 30.10.2013 in Berlin einen Austausch für BeraterInnen von gewerkschaftlichen und den spezialisierten Beratungsstellen für Betroffene des Menschenhandels und der Arbeitsausbeutung aus den unterschiedlichen Bundesländern. Dabei wurden viele Schnittmengen in der Arbeit identifiziert und es konnten gemeinsame Arbeitsstrategien entwickelt. Zwei PraktikerInnen aus den verschiedenen Bereichen, Jochen Empen (Projekt „Faire Mobilität“ Hamburg) und Doris Köhnke (Fraueninformationszentrum FIZ Stuttgart) berichteten beispielhaft aus ihrem Beratungsalltag. Die TeilnehmerInnen beschrieben den Austausch als positiv, zumal daraus als ein Ergebnis weitere Kooperationen in den Bundesländern angestoßen wurden.

## **D. VERANSTALTUNGEN**

---

### **VERGANGENE VERANSTALTUNGEN**

### **+++ 10.10.13: ExpertInnenworkshop und internationale Konferenz zu Menschenhandel in Lissabon**

Am 10.10.2013 hielt Dr. Dorothea Czarnecki (KOK) einen Vortrag zu „Human Trafficking in Germany – a case study“ bei der europäischen Konferenz ["The combat against human](#)

[trafficking](#)“ in Lissabon/Portugal. Im Vorfeld gab es einen Austausch mit weiteren MenschenrechtsexpertInnen aus der EU. Veranstalter war das Network of Strategic and International Studies in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

### **+++ 15.10.13: Pressegespräch des KOK mit dem DIMR**

Im Rahmen eines Pressegesprächs mit Petra Follmar-Otto (DIMR, Leiterin der Abteilung Menschenrechtspolitik Inland/Europa) und Naile Tanis wurde die Handreichung „Menschenhandel als Menschenrechtsverletzung - Strategien und Maßnahmen zur Stärkung der Betroffenenrechte“ (Rabe/Tanis 2013) am 15.10.2013 in Berlin vorgestellt. Interessierte JournalistInnen nahmen die Möglichkeit wahr, mehr über die Handreichung zu erfahren und sich inhaltlich fundiert mit den Referentinnen zum Thema Menschenhandel auseinanderzusetzen.

In einer dazugehörigen [Presseinformation](#) forderte der KOK die Bundesregierung dazu auf, eine menschenrechtsbasierte Gesamtstrategie zur Stärkung der Rechte der Betroffenen von Menschenhandel zu entwickeln und umzusetzen. Einen Pressespiegel des KOK und DIMR zum EU-weiten Tag gegen Menschenhandel finden Sie [hier](#).

### **+++ 18.10.13: Aktionen zum europäischen Tag gegen Menschenhandel**

Am 18.10.2013 fand der 7. Europäische Tag gegen Menschenhandel statt, der von der Europäischen Kommission erstmals 2007 ins Leben gerufen wurde. Sie ruft die europäischen Mitgliedsstaaten auf, die Öffentlichkeit für das Thema Menschenhandel zu sensibilisieren und staatliche und gesellschaftliche AkteurInnen zum Handeln aufzufordern. Im Rahmen dessen veranstaltete die EU-Kommission in Vilnius eine internationale Konferenz, bei der sie die Verbindungen zwischen dem Internet und Menschenhandel beleuchtete. Auch der KOK war in Vilnius vertreten.

KOK-Mitgliedsorganisationen, KooperationspartnerInnen und weitere Organisationen nahmen den Tag ebenfalls zum Anlass, um die Öffentlichkeit und Politik auf das Thema Menschenhandel aufmerksam zu machen. An dieser Stelle kann nur eine kleine Auswahl der Veranstaltungen in Deutschland aufgezeigt werden:

- In Potsdam veranstaltete IN VIA Berlin/Brandenburg am 18.10.2013 eine Fachtagung zum Thema „Menschenhandel mit Frauen und Mädchen aus der Roma Community“, bei der Naile Tanis ein Grußwort gesprochen hat.
- Die Fachberatungsstelle Kobra und die Hilfsorganisation Solwodi e.V. organisierten gemeinsam mit der *brokenhearts*-Stiftung am 17.10.2013 eine Informationsveranstaltung mit dem Titel „Mensch im Dunkel?! - Menschenhandel und moderne Sklaverei im 21. Jahrhundert“. Dabei hielt u.a. Dr. Katarzyna Zentner (Kobra) einen Vortrag, in dem sie die Perspektive der Betroffenen schilderte.
- Das Aktionsbündnis gegen Frauenhandel, in dem u.a. auch Jadwiga und Solwodi e.V. vertreten sind, veranstaltete gemeinsam mit der Solidaritätsaktion Renovabis und der Hanns-Seidel-Stiftung die Fachtagung „Wo ein Wille, da ein Weg?! – Frauenhandel wirksam bekämpfen“, Nürnberg.

**+++ 21.-22.10.13: Kick-off Treffen des Forschungsprojektes HERA, Universität Osnabrück**

Eva Küblbeck nahm am 21.-22.10.2013 für den KOK e.V. als assoziierter Partner am Kick-off Treffen des HERA-Projekts "[Cultural encounters in intervention against violence](#)" (CEINAV) in Osnabrück teil und stellte die Arbeit des KOK e.V. vor. HERA (Humanities in the European Research Area) ist eine Partnerschaft aus 21 europäischen Räten der European Science Foundation (ESF) mit dem Ziel der Verankerung der Geisteswissenschaften in den Rahmenprogrammen der EU-Kommission und im europäischen Forschungsraum.

**+++ 25.10.13: Schulung zu Identifizierung von Betroffenen, Luxemburg**

Naile Tanis und Mira von Mach (NADESCHDA und Vorstand des KOK) schulten am 25.10.2013 auf Einladung der Beratungsstelle „Visavi“ aus Luxemburg Beraterinnen von Beratungsstellen für Betroffene von Menschenhandel, MitarbeiterInnen von Frauenhäusern, Kinder- und Jugendheimen sowie BeraterInnen, welche in der Abschiebeanstalt arbeiten, VertreterInnen des LKA Luxemburg und JustizmitarbeiterInnen zu den Themen Identifizierung von Betroffenen und deren Unterstützung.

**+++ 25.10.13: Bundeskonferenz der RechtsberaterInnen für Flüchtlinge, Berlin**

Eva Küblbeck und Barbara Eritt (IN VIA, Berlin) hielten bei der [Rechtsberaterkonferenz](#) in Erkner einen Vortrag für die teilnehmenden AnwältInnen zum Thema Menschenhandel, Flucht und Gewalt. Es nahmen insgesamt ca. 80 Fachleute teil, denn neben den 65 AnwältInnen waren auch VertreterInnen der Politik und der Trägerverbände (Diakonie, DRK, Caritasverband und UNHCR) anwesend.

**+++ 06.11.13: Konferenz zu Menschenhandel, Bozen/Italien**

Bei der Konferenz zu Menschenhandel, die veranstaltet wurde vom Landesamt für Familie, Frau und Jugend, den Vereinen Volontarius und La Strada - Der Weg, hielt Eva Küblbeck einen Vortrag über Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung in Deutschland. Die Pressemitteilung zur Veranstaltung finden Sie [hier](#).

**+++ 12.11.13: Schulung zum Thema Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung im Bundeskriminalamt in Wiesbaden**

Naile Tanis und Margarete Muresan (IN VIA Berlin, KOK-Vorstandsmitglied) schulten KriminalbeamtInnen zum Thema Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung.

**+++ 19.-21.11.13: La Strada International (LSI) NGO Plattform Treffen, Tallinn/Estland**

Vom 19.-21.11.2013 fand in Tallinn das von La Strada International organisierte Plattform Meeting für NGOs, die zum Thema Menschenhandel arbeiten, statt.

Bärbel Uhl als dataACT -Kordinatorin und Teil der Vorbereitungsgruppe des LSI Plattform Treffens führte mit Pia Roth (dataACT) einen Workshop zu Datensammlung und Datenschutz durch. Für den KOK nahm darüber hinaus auch Eva Küblbeck teil.

**+++ 25.11.13: Aktionen zum Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen**

Seit 1981 organisieren Menschenrechtsorganisationen jedes Jahr zum 25. November Veranstaltungen anlässlich des internationalen Tages gegen Gewalt gegen Frauen. Ziel ist die Einhaltung und Stärkung der Menschenrechte gegenüber Frauen und Mädchen. 1999 wurde der Aktionstag offiziell durch die Vereinten Nationen ([Resolution 54/134](#)) initiiert.

Der UN-Generalsekretär Ban Ki-moon rief Menschen weltweit dazu auf, einer Kultur der Diskriminierung entschieden entgegenzutreten. Er erklärte, alle Regierungen müssten sich an ihre Zusagen halten, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen weltweit zu beenden. Die vollständige Erklärung finden Sie [hier](#).

Anlässlich dieses Tages gab es auch in Deutschland verschiedene Aktionen, von denen wir hier nur eine kleine Auswahl nennen können:

- **TV-Kommissarinnen als Botschafterinnen des Hilfetelefons Gewalt gegen Frauen**

Das Bundesweite Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen, rund um die Uhr erreichbar unter der **Nummer 08000 116 016**, veranstaltete am 25.11.13 eine Pressekonferenz mit Bundesfamilienministerin Dr. Kristina Schröder in Berlin. Unterstützt wurde sie von den vier Schauspielerinnen Elisabeth Brück, Ulrike Folkerts, Eva Mattes und Adele Neuhauser als Botschafterinnen des Hilfetelefons, die beispielhafte Geschichten gewaltbetroffener Frauen vortrugen. Ziel der Veranstaltung war es nicht nur, den Blick der Öffentlichkeit erneut auf das Thema Gewalt gegen Frauen zu lenken, sondern vor allem Betroffene dazu zu ermuntern, das Schweigen zu brechen und Unterstützung zu suchen.

- **Die TERRE DES FEMMES Fahnenaktion 2013**

TERRE DES FEMMES setzte mit der Fahne „frei leben – ohne Gewalt“ ein weithin sichtbares Zeichen gegen tägliche Gewalt an Mädchen und Frauen. In vielen Städten und Gemeinden bundesweit wurde mit Filmvorführungen, Vorträgen und anderen Veranstaltungen auf den Internationalen Tag "NEIN zu Gewalt an Frauen" aufmerksam gemacht.

- **UN Women Nationales Komitee Deutschland: Mobile Beamer-Aktion**

Am 25. November 2013 projizierte UN Women Nationales Komitee Deutschland e.V. in Kooperation mit den Gleichstellungsstellen von fünf deutschen Städten (Recklinghausen, Herten, Castrop-Rauxel, Oer-Erkenschwick und Bonn) in den Abendstunden an mehreren hochfrequentierten Plätzen einen Kampagnen-Spot durch einen Hochleistungs-Beamer auf Häuserfasaden. Der Spot thematisierte das Problem häuslicher Gewalt gegen Frauen.

- **UN Women Nationales Komitee Deutschland: Street-Art Projekt in Berlin**

Auch in Berlin gab es eine Aktion vom UN Women Nationales Komitee Deutschland e.V.: Eine Maske als überdimensionale Kreidezeichnung, Zeichen der Kampagne „[Schauen Sie hinter die Maske](#)“ wurde auf dem Alexanderplatz aufgetragen. Das Abtragen der Zeichnung legte nach und nach die Botschaft hinter der Maske frei: Laut UN Women Deutschland wird in Deutschland jede vierte Frau Opfer häuslicher Gewalt durch ihren Intimpartner, doch nur wenige Betroffene trauen sich, darüber in der Öffentlichkeit zu sprechen. Die Aktion wurde in einem Film dokumentiert. Am 25.11.2013 berichtete Lul Autenrieb im Bonner Frauenmuseum über ihre Erfahrungen als zwangsverheiratete Frau in Somalia. Auch zu diesem Anlass wurde der Kurzfilm gezeigt.

Zudem veröffentlichten etliche Fachorganisationen Pressemitteilungen, die sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem Thema Gewalt gegen Frauen auseinandersetzen. Der [Verein für Internationale Jugendarbeit \(vij\) der Diakonie](#) fordert beispielsweise eine verstärkte

Prävention des Menschenhandels und informiert über das rumänische Projekt OPEN. Der [Frauenpolitische Rat Brandenburg](#) weist auf erhebliche Versorgungslücken im Hilfesystem für gewaltbetroffenen Frauen und Flüchtlingsfrauen hin.

### **+++ 25.11.13: Pressemitteilung des KOK und Vortrag in Bad Doberan**

Auch der KOK nahm den 25. November zum Anlass und fordert in seiner [Pressemitteilung](#) die zukünftige Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft eine unabhängige Berichterstattungsstelle zu Menschenhandel einzurichten.

Darüber hinaus unterstützte Naile Tanis die Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Bad Doberan sowie die Fachberatungsstelle ZORA und hielt am 27.11.2013 im Rahmen des dortigen Aktionstags zum internationalen Tag „Nein zu Gewalt an Frauen“ einen Vortrag zum den aktuellen Entwicklungen im Bereich Menschenhandel. Weitere VeranstalterInnen waren: die IB Beratungsstelle für Betroffene von häuslicher Gewalt und der Weiße Ring.

### **+++ Matinee im Schloss Bellevue am 06.12.2013**

Aus Anlass des 65. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte am 10.12.2013 fand am 06.12.2013 eine Matinee des Bundespräsidenten im Schloss Bellevue statt, zu der auch VertreterInnen von NGOs geladen waren, unter anderem Naile Tanis vom KOK. Neben einer Rede des Bundespräsidenten fand ein Bühnengespräch mit Frau Pillay, der Hohen Kommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, und Frau Duchrow vom Forum Menschenrechte statt.

### **+++ 09.12.2013 Diskussion zur Prostitutionsdebatte in der Urania, Berlin**

Unter dem Titel „[Das habe ich mir ja ganz anders vorgestellt! – Daten & Fakten statt Schwarz\(er\)-Weiß-Denken](#)“ fanden am 09.12.2013 in der Urania, Berlin zwei Veranstaltungen anlässlich der aktuellen Prostitutionsdebatte statt. Zunächst diskutierten ExpertInnen zu “Daten und Fakten zur Prostitution, die vielleicht überraschen”. Es folgte ein Gespräch mit der Inhaberin des „Cafe Pssst!“, Felicitas Schierow.

### **+++ 09.- 10.12.13: Civil Society Platform der Europäischen Kommission in Brüssel**

Am 09. und 10.12.2013 fand in Brüssel das zweite Treffen der von der EU-Kommission erst im Mai 2013 ins Leben gerufenen Austauschplattform für Nichtregierungsorganisationen statt. Auch der KOK als eine der Mitgliedsorganisationen nahm wieder daran teil. Thema der Diskussionen war u.a. die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Umsetzung der EU-Richtlinie sein.

### **+++ 10.12.13: Fachtagung „Menschenrechte im Fokus von Menschenhandel, Arbeitsausbeutung und Prostitution“**

Am 10.12.2013 fand der Fachtag „[Menschenrechte im Fokus von Menschenhandel, Arbeitsausbeutung und Prostitution](#)“ in Karlsruhe statt. Er wurde in Zusammenarbeit des Diakonischen Werkes Baden, den evangelischen Frauen Baden, den Fachberatungsstellen gegen Menschenhandel in Baden-Württemberg, den Beratungsstellen für Prostituierte in Baden und der Migrationsberatung veranstaltet und richtete sich an Beratungsstellen, Politik, Polizei, Justiz

und weitere Behörden. Bärbel Uhl (datACT/KOK) hielt einen Vortrag zum Thema "Menschenrechtsschutz und Sicherheitspolitik – (k)ein Widerspruch in der Bekämpfung des Menschenhandels?".

### **+++ 16-Tages-Kampagne**

Der Verbund der niedersächsischen Frauen- und Mädchenberatungsstellen gegen Gewalt und die Frauenberatungsstellen in der Region Hannover riefen in Niedersachsen zu einer 16-Tages-Kampagne auf. Diese ging vom Internationalen Tag gegen Gewalt gegen Frauen (25.11.2013) bis zum Internationalen Tag der Menschenrechte (10.12.2013). Die Hauptbotschaft, die in die Öffentlichkeit transportiert werden sollte, lautet:  
(Sexualisierte) Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist eine Verletzung der Menschenrechte.

## **E. RECHTLICHE ENTWICKLUNGEN**

---

### **+++ Neues Urteil in der Rechtsprechungsdatenbank des KOK**

#### **Aktuelle Entscheidungen zu Hartz-IV-Leistungen für arbeitssuchende EU-BürgerInnen.**

Nach dem deutschen Sozialrecht sind EU-BürgerInnen, die ein Aufenthaltsrecht nur zum Zwecke der Arbeitssuche haben, vom Bezug von Sozialleistungen ausgeschlossen (§ 7 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 Sozialgesetzbuch II). In zahlreichen Eilverfahren vor den Sozialgerichten haben diese vielfach Zweifel an der Europarechtmäßigkeit des Leistungsausschlusses geäußert und vorläufig Leistungen bewilligt. Teils umgingen die Gerichte eine Entscheidung zur Frage der Rechtmäßigkeit des Ausschlusses und sprachen aus anderen Gründen einen Anspruch zu, so z.B. das Landessozialgericht (LSG) Nordrhein-Westfalen in einem viel beachteten Urteil vom 11. Oktober 2013 (Az L 19 AS 129/13). Das LSG sprach einer rumänischen Familie, die sich seit 2009 in Deutschland aufhielt, einen Anspruch zu. Das Gericht begründete dies damit, dass die Kläger nicht mehr zur Arbeitssuche freizügigkeitsberechtigt seien, da ihre Bemühungen, eine Arbeitsstelle zu erhalten, seit über einem Jahr erfolglos und auch für die Zukunft nicht erfolgversprechend seien. Das Ausschlusskriterium der Arbeitssuche entfalle damit. Die Entscheidung ist für die Familie insofern nicht positiv, als die Einstufung als nicht arbeitssuchend den Verlust des Aufenthaltsrechts und somit eine Ausweisung nach sich ziehen könnte. Das Urteil ist noch nicht veröffentlicht.

Das Landessozialgericht Bayern hat im Juni diesen Jahres deutlicher Stellung bezogen und im Falle eines Italieners entschieden, dass der Leistungsausschluss arbeitssuchender EU-BürgerInnen gegen EU-Recht verstoße. (Bayerisches LSG, Urteil vom 19.6.2013 - L 16 AS 847/12 ). Das Urteil ist in der [KOK-Rechtsprechungsdatenbank](#) zu finden.

Da in beiden Fällen Revision zugelassen wurde, ist eine Grundsatzentscheidung vom Bundessozialgericht zu erwarten.

## F. INFORMATIONSMATERIAL UND PUBLIKATIONEN

---

### +++ Fact Sheet zu Menschenhandel des UN Hochkommissars für Menschenrechte

Das Büro des Hochkommissars für Menschenrechte der Vereinten Nationen ([OHCHR](#)) hat eine Reihe von Informationsblättern zu menschenrechtlichen Themen herausgegeben, u.a. ein Fact Sheet zum Thema Menschenhandel. Darin werden kurz und übersichtlich einige Informationen zum Thema dargestellt. Das Fact Sheet kann [hier](#) eingesehen werden.

### +++ Working Paper des BAMF zur Identifizierung von Opfern von Menschenhandel aus Drittstaaten im Asylverfahren und im Fall der erzwungenen Rückkehr

Das [Working Paper 56](#) des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beschäftigt sich mit der Identifizierung der Betroffenen von Menschenhandel aus Drittstaaten im Rahmen des Asylverfahrens und im Fall der erzwungenen Rückkehr. Dabei werden die strafrechtlichen, asyl- und aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen dargestellt. Weiterhin werden die verwaltungspraktischen Mechanismen zur Opferidentifizierung durch das BAMF, Aufnahmeeinrichtungen, Haftanstalten, Bundespolizei, Ausländerbehörden und Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandel beleuchtet.

Schließlich geht das Working Paper auf Herausforderungen bei der Identifizierung der Betroffenen ein und stellt vorhandene Statistiken zu Menschenhandel in Deutschland dar. Demnach sind Aufenthaltstitel nach § 25 Abs. 4a AufenthG im Zeitraum von 2008 bis 2012 auf geringem Niveau angestiegen. Die Statistik verdeutlicht zudem, dass die Mehrheit der im Asylverfahren identifizierten Menschenhandelsopfer weiblich und zwischen 18 und 35 Jahren alt ist. Hauptherkunftsregionen außerhalb der EU sind Nigeria, die Russische Föderation, die Ukraine und Indien.

### +++ Beirat der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration - Dokumentation

Die Bundesregierung veröffentlichte die [Ergebnisse des Beirats](#) der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Maria Böhmer. Die Inhalte der Dokumentation sind aufgeteilt nach fünf Arbeitsgruppen: 1) Heimat und Identität 2) Soziale Teilhabe 3) Flüchtlinge und Menschen ohne Aufenthaltsstatus 4) Dimensionen der Integrationsförderung – Zuwanderung und Integration 5) Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

### +++ 23. Tagung des UN-Menschenrechtsrates

Auf der 23. Tagung des Menschenrechtsrats (MRR) der Vereinten Nationen vom 27.05.2013 bis zum 14.06.2013 wurden mehrere Berichte vorgestellt, die sich mit Geschlechtergerechtigkeit, Gewalt an Frauen und Menschenhandel beschäftigen. Die Berichte können [hier](#) angesehen werden. Daneben wurden drei [Resolutionen](#) zu ebendiesen Themen verabschiedet, u.a. folgende Resolution zum Thema Menschenhandel:

#### +++ Resolution zu Menschenhandel (23/5)

Die Resolution 23/5 beschäftigt sich mit „Menschenhandel, speziell Frauen und Kinder: Bemühungen beim Kampf gegen Menschenhandel in Lieferketten von Unternehmen“

*(Trafficking in persons, especially women and children: efforts to combat human trafficking in supply chains of businesses):*

Der MRR stellt heraus, dass die Zahl internationaler krimineller Gruppierungen, die zu Menschenhandel aktiv sind, ansteigt. Dabei spielen auch neue Kommunikationsmedien wie das Internet eine große Rolle. Problematisch ist, dass die TäterInnen häufig straflos bleiben und die betroffenen Personen schlechte Chancen haben, ihre Rechte, insbesondere Entschädigungszahlungen, durchzusetzen. Aus diesem Grund fordert der MRR die Staaten auf, die bereits existierenden UN-Rechtsinstrumente umzusetzen und das ILO-Übereinkommen Nr. 189 über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte zu ratifizieren.

Die besonderen Bedürfnisse der Betroffenen müssen immer im Blick behalten werden. Die Staaten werden u.a. dazu aufgefordert, die Durchsetzung des relevanten Rechts zu gewährleisten, indem Kapazitäten in der Verfolgung und dem Schutzbereich aufgebaut und relevante AkteurInnen speziell geschult werden. Das Arbeitsrecht soll im Hinblick auf Menschenhandel verbessert werden. Initiativen, die auf die Probleme im Bereich Menschenhandel aufmerksam machen, sollen finanziell unterstützt werden. Die Staaten sollen auch auf Unternehmen einwirken, damit diese Menschenhandel erkennen und nicht (weiter) unterstützen. Außerdem fordert die Resolution den Aufbau von Netzwerken gegen Menschenhandel und eine verstärkte Präventionsarbeit.

### **+++ Weltkarte der FeministInnen**

Das Feminist Network Projekt, das gegründet wurde, um feministische AktivistInnen auf der ganzen Welt zu vernetzen, hat die [Weltkarte der FeministInnen](#) ins Leben gerufen. Auch die Women's international League for Peace and Freedom ist seit neuestem Teil der Weltkarte der FeministInnen. Wer auf der Weltkarte erscheinen möchte, kann [hier](#) das Formular ausfüllen.

## **RUBRIK WISSEN – Jahresrückblick des KOK 2013**

---

An dieser Stelle lassen wir das Jahr 2013 noch einmal Revue passieren und stellen Ihnen die wichtigsten Ereignisse und Arbeitsschwerpunkte des KOK vor.

Der KOK blickt – wie so oft – auf ein arbeitsintensives und besonders auf politischer Ebene ereignisreiches Jahr 2013 zurück. Zunächst gab es in der **Geschäftsstelle** einige personelle Veränderungen: Dank der aufgestockten Förderung durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) als Reaktion auf die stetig wachsenden Anforderungen bei der Bearbeitung des Themas Menschenhandel konnten wir unser Team erweitern. Seit März unterstützen Eva Küblbeck (LL.M) als zweite Referentin sowie Filomena Talotta in der Buchhaltung die KOK-Geschäftsstelle. Zudem ist die Referentin Sarah Schwarze im November 2013 aus der Elternzeit zurückgekommen und löst damit ihre Vertretung, Dr. Dorothea Czarnecki, ab. Wir bedanken uns bei Frau Czarnecki für die gute Zusammenarbeit und wünschen ihr für die Zukunft alles Gute!

Auch im **Vorstand** des KOK ergaben sich Veränderungen: Zwei der fünf im Juni 2012 gewählten Vorstandsfrauen, Anke Schubert (KOBRA-net Sachsen/Zittau) und Özlem Dünder-Özdoğan

(Phönix/Kobra Hannover), konnten aus beruflichen/persönlichen Gründen die Vorstandstätigkeit leider nicht fortführen, so dass seit Frühling 2013 Mira von Mach (Nadeschda Herford), Margarete Muresan (In Via Berlin/Brandenburg) und Tabea Richter (Mitternachtsmission Heilbronn) zu dritt den KOK-Vorstand bilden. Wir möchten uns auch bei Özlem Dünder-Özdoğan und Anke Schubert an dieser Stelle für ihre Unterstützung und die Zusammenarbeit während der Vorstandstätigkeit bedanken.

Ein Qualitätsmerkmal der KOK-Geschäftsstelle ist ihre enge Anbindung an die Praxis. Der regelmäßige Austausch mit unseren Mitgliedsorganisationen im Rahmen der **drei Mitgliedsversammlungen und des Vernetzungstreffens** war wegen dieser engen Zusammenarbeit auch in diesem Jahr sowohl für die Arbeit der Geschäftsstelle als auch für die KollegInnen aus der Praxis selbst sehr wichtig. Zu den Themen, die von den Mitgliedsorganisationen diskutiert und bearbeitet wurden, gehörten schwerpunktmäßig die psycho-soziale Prozessbegleitung (siehe [Stellungnahme](#)), die Finanzierung der Fachberatungsstellen (siehe [Stellungnahme](#)), das bundesweite Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen sowie internationale Rechtsinstrumente, allen voran die seit April 2013 für Deutschland bindende Europaratskonvention und die EU-Richtlinie zur Bekämpfung des Menschenhandels (2011/36/EU), für die die Umsetzungsfrist im April 2013 abgelaufen ist.

Ein besonderes Augenmerk lag auf der Diskussion um die Einrichtung einer nationalen **Berichterstattungsstelle** zu Menschenhandel in Deutschland und über Kriterien bzw. Standards für die Datenerfassung. Das Thema **Datenschutz** für Betroffene von Menschenhandel wird beim KOK federführend durch das Projekt '[datACT - data protection in anti-trafficking action](#)' in Zusammenarbeit mit dem europäischen Netzwerk gegen Menschenhandel *La Strada International* bearbeitet. datACT verfolgt das Ziel, die Rechte von Betroffenen des Menschenhandels auf Privatsphäre, Autonomie und Schutz der persönlichen Daten in Deutschland und anderen europäischen Ländern zu stärken. Die Projektlaufzeit erstreckt sich von November 2012 bis Oktober 2014. Im Rahmen dessen veranstaltete datACT vom 25. bis 27. September eine [internationale Konferenz](#) in Berlin, bei der hochrangige internationale DatenschutzexpertInnen und Sachverständige der Menschenhandelsbekämpfung sich erstmalig trafen, um Strategien zum Recht auf Privatsphäre und gegen Überwachung marginalisierter Gruppen zu diskutieren und zu entwerfen. Teilnehmende waren u.a. die UN-Sonderberichterstatterin für zeitgenössische Formen der Sklaverei, Gulnara Shahinian, die holländische Berichterstatterin zu Menschenhandel Corinne Dettmeijer Vermeulen, die Datenschutzbeauftragten Thilo Weichert und Alexander Dix, Dr. Birgit Schweikert (BMFSFJ) und andere RednerInnen aus 15 Ländern. Die zentralen Ergebnisse der Konferenz können in einer [Pressemitteilung](#) nachgelesen werden.

Zudem konnte das [Projekt](#) „**Opferrechte stärken!** Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz und der Gesetzlichen Unfallversicherung für Betroffene von Menschenhandel“, koordiniert von Ulrike Gatzke, erfolgreich zu Ende geführt werden. Bundesweit vernetzten sich 22 RechtsanwältInnen mit 22 Fachberatungsstellen und prüften möglicher Ansprüche ihrer KlientInnen auf Entschädigung. Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des [Abschlussberichts](#) des Projektes (April 2013) waren bereits 22 Anträge gestellt und 28 weitere in Vorbereitung.

Daneben beschäftigte uns alle die im Dezember 2013 abgeschlossene **Evaluierung des KOK**, die von der Organisationsberatung *Socius* extern durchgeführt wurde. Die Evaluierung diente dazu, eine aussagekräftige und empirisch verlässliche Datenbasis für die Diskussion um die Weiterentwicklung und Verbesserung der inhaltlichen Ausrichtung und der konkreten Arbeit des KOK zu schaffen und seine Mitgliedsorganisationen einzubeziehen. Darin zeigt sich u.a.,

dass die im KOK vernetzen Fachberatungsstellen zunehmend auch im Bereich Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung sowie minderjährige Betroffene beraten. Die strukturelle Weiterentwicklung des Themas auch auf der Ebene der Bundesländer wurde durch den KOK gleich zu Beginn des Jahres angestoßen, in dem gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte ein **Strukturentwicklungsworkshop** veranstaltet wurde. In diesem Rahmen diskutierten VertreterInnen der Länderverwaltungen und der spezialisierten Fachberatungsstellen, wie die Unterstützung von Personen, die vom Menschenhandel zur Arbeitskraftausbeutung betroffen sind, in bestehende Strukturen integriert werden können. Da es in diesem Themenbereich auch mit gewerkschaftlichen Beratungsstellen Schnittflächen gibt, führte der KOK gemeinsam mit den beiden DGB-Projekten „Faire Mobilität“ und „Bündnis gegen Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“ im Oktober einen **Kennenlernworkshop** durch, bei dem der Erfahrungsaustausch der jeweiligen KollegInnen im Mittelpunkt stand.

Ein weiteres wichtiges Ereignis war die Übernahme der **Rechtsprechungsdatenbank**, die im Rahmen des Projektes „Zwangsarbeit heute“ vom Deutschen Institut für Menschenrechte angelegt worden war. Seit Mai steht diese auf der Webseite des KOK zur Weiterführung und Nutzung bereit und wird kontinuierlich mit neuen (inter-)nationalen Rechtsprechungen gefüttert. Neben Fällen von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung und zur sexuellen Ausbeutung finden sich auch Entscheidungen zu Delikten, die thematische Überschneidungen mit dem Menschenhandel aufweisen (z.B. Lohnwucher, Zuhälterei, Vergewaltigung).

Auch bei der Erstellung der **Handreichung** „[Menschenhandel als Menschenrechtsverletzung – Strategien und Maßnahmen zur Stärkung der Betroffenenrechte](#)“ arbeitete der KOK mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte zusammen, in Kooperation mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“. Die Publikation wurde bei einem Pressegespräch mit Naile Tanis (KOK) und Petra Follmer-Otto (DIMR) am 15.10.2013 präsentiert. Sie bündelt den aktuellen Wissensstand aus Wissenschaft und Praxis zum Thema Menschenhandel und gibt konkrete Empfehlungen für Politik, Verwaltung und Unterstützungsstrukturen.

Entwicklungen auf gesetzlicher und politischer Ebene zu den Themen Menschenhandel wurden auch in diesem Jahr intensiv von uns begleitet. So erarbeitete der KOK **Stellungnahmen** zu Gesetzentwürfen und bestimmten Positionierungen, beispielsweise zum [Zeugnisverweigerungsrecht](#), zum Richtlinienvorschlag der EU-Kommission über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen [...] zur Ausübung einer [AuPair-Beschäftigung](#) oder zum [Umsetzungsgesetz zur Richtlinie 2011/36/EU](#) zur Bekämpfung des Menschenhandels und Überwachung von Prostitutionsstätten. Da das Thema Menschenhandel durch die politischen Ereignisse (sprich, die Nichtumsetzung der EU-Richtlinie, die Präsentation der Zahlen durch die EU-Kommission und den Gesetzentwurf der Bundesregierung) verstärkt von Presse und Medien aufgegriffen worden ist, positionierte sich der KOK auch „[Zum medialen Umgang mit dem Thema Menschenhandel im Jahr 2013 – ein kritischer Zwischenruf](#)“.

Die **Pressemitteilungen** des KOK beschäftigen sich im Jahr 2013 u.a. mit dem Inkrafttreten der [Europaratskonvention](#) zur Bekämpfung des Menschenhandels und dem [eurostat-Bericht](#) der Europäischen Kommission zum Ausmaß des Menschenhandels in Europa und damit zusammenhängend mit der Notwendigkeit von Datenschutz in der Menschenhandelsbekämpfung. Als weiteres Informationsmedium veröffentlichte der KOK neben dem quartalsmäßig erscheinenden [Newsletter](#) im Oktober einen zusätzlichen [Informationsdienst](#) zum Thema internationale und europäische Instrumente im Bereich Menschenhandel, Gewalt gegen Frauen, Arbeitsausbeutung und Opferschutz.

Die **Expertise** des KOK wird **bundesweit** und interdisziplinär geschätzt und angefragt. So konnten wir im Rahmen von Anhörungen unterschiedlicher Ausschüsse, Stellungnahmen, Vorträgen und Schulungen aktuelle Themen aus der Praxis der Fachberatungsstellen auf die politische Ebene transportieren und in die Fachöffentlichkeit bringen und letztendlich für die Rechte der betroffenen Personen kämpfen. Von besonderer Bedeutung ist dem KOK die Sensibilisierung und Fortbildung der AkteurInnen, die bei der Bekämpfung des Menschenhandels eine zentrale Rolle spielen. So fanden 2013 wiederkehrend Schulungen von KriminalbeamtenInnen des Bundeskriminalamtes (BKA) statt, und der KOK referierte zudem bei der Richterakademie in Wustrau, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) und bei der Bundeskonferenz der RechtsberaterInnen für Flüchtlinge. Doch uns ist nicht nur die Seite der Bekämpfung des Menschenhandels wichtig, sondern immer mindestens ebenso die der Unterstützung der betroffenen Personen. Im Rahmen der Einrichtung des **Bundesweiten Hilfetelefon Gewalt gegen Frauen** schulte Naile Tanis (KOK) die dortigen Beraterinnen zu den Themen Menschenhandel und Zwangsverheiratung und wurde zudem namentlich in den Beirat des Hilfetelefon berufen.

Auch **international** ist die Arbeit des KOK anerkannt, was sich deutlich an der hohen Zahl an Einladungen für Vorträge und Workshops in europäischen Ländern zeigt. Besonders freut uns, dass der KOK als Mitglied der neuen, von der Europäischen Kommission ins Leben gerufenen **EU Civil Society Platform** ausgewählt wurde, die im Mai 2013 erstmalig zusammenfand und deren zweites Treffen im Dezember in Brüssel stattfindet.

Der KOK bedankt sich herzlich bei all seinen KooperationspartnerInnen für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr sowie bei Ihnen allen für Ihre Unterstützung und Ihr Interesse an unserer Arbeit. **Wir wünschen Ihnen frohe Feiertage und ein gutes, gesundes und schwungvolles Jahr 2014!**

### Unterstützen Sie unsere Arbeit!

Mit einer Spende leisten Sie einen wichtigen Beitrag, um gegen Menschenhandel und Gewalt gegen Frauen im Migrationsprozess vorzugehen und die Situation der Betroffenen in Deutschland zu verbessern.

#### Jede Spende hilft!

Spendenkonto: Evangelische Darlehensgenossenschaft eG  
Konto-Nr. 791 296  
BLZ: 210 602 37

#### Spendentelefon: 0900-156-5381

Bei einem Anruf werden direkt 5 EUR zugunsten des KOK e.V. von Ihrer nächsten Telefonrechnung abgebucht

Oder spenden Sie einfach beim Online-Shopping: Auf [www.boost-project.com/de/charities/561](http://www.boost-project.com/de/charities/561) klicken und mit jedem Einkauf Gutes tun.

Der KOK ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein und stellt Spendenbescheinigungen aus.



# KOK

Bundesweiter Koordinierungskreis  
gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen  
im Migrationsprozess e.V.

Die Arbeit des KOK e.V. wird gefördert durch das  
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend (BMFSFJ)